16. Wahlperiode

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE

VORLAGE 16/2472

A07

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/6500 Ergänzung Drucksache 16/6710 Zweite Ergänzung Drucksache 16/6990

Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wird in der geänderten Fassung der fünf angenommenen Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (vgl. Anlagen) angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 - Haushaltsgesetz 2015 - Drucksache 16/6500 - wurde vom Plenum in seiner 65. Sitzung nach der 1. Lesung am 10. September 2014 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt.

Die Landesregierung hat eine Ergänzung zum Gesetzentwurf, Drucksache 16/6710, und eine zweite Ergänzung, Drucksache 16/6990, in den Landtag eingebracht.

Der Einzelplan 11 (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales) wurde, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales fällt, in dessen Sitzungen am 24. September 2014, 29. Oktober 2014 und 19. November 2014 beraten. Die Ergänzungen der Landesregierung waren Gegenstand der Beratungen.

In die Beratungen des Ausschusses floss zudem der Erläuterungsband des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales (Vorlage 16/2175) mit ein.

Von der Möglichkeit, nach der ersten Beratung im Ausschuss Fragen an die Landesregierung zu richten, die dann in Form eines schriftlichen Berichtes zur zweiten Beratung beantwortet sein sollten, haben die Fraktionen keinen Gebrauch gemacht.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 19. November 2014 statt.

B Änderungsanträge der Fraktionen

Zu dem Einzelplan 11 stellten die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen fünf gemeinsame Änderungsanträge (vgl. Anlagen). Die Änderungsanträge wurden zur Abstimmung gestellt. Eventuelle weitere Änderungsanträge der Fraktionen werden im Haushalts- und Finanzausschuss eingebracht und dort zur Abstimmung gestellt.

C Abstimmung

Die Abstimmungen über die fünf Änderungsanträge und die Schlussabstimmung über den Einzelplan 11, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, erfolgten wie folgt:

1. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11042 "Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut" - Titelgruppe 95 "Mittagsverpflegung von Kindern"

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

2. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11042 "Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut" " - Titelgruppe 99 "Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung"

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und PIRATEN angenommen.

3. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11050 "Inklusion" - Titelgruppe 80 "Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen" - Titel 68680 "Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion"

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der PIRATEN angenommen.

4. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11050 "Inklusion" - Neuer Titel: 68650 "Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB - Neuer Haushaltsvermerk: "Minderausgaben dürften nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden."

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN angenommen.

5. Änderungsantrag - Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen betreffend Kapitel 11050 "Inklusion" - Titelgruppe 86 "Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung"

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, FDP und der PIRATEN angenommen.

In der anschließenden Abstimmung wurde der Einzelplan 11 in der geänderten Fassung, soweit er den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und der PIRATEN angenommen.

Günter Garbrecht Vorsitzender

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell. Begründung)	Abstimmungser- gebnis	
	SPD GRÜNE	Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen und Bekämpfung von Armut Titelgruppe 95 Mittagsverpflegung von Kindern	SPD Ja CDU Nein	
		Titel 633 95 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung	GRÜNE Ja FDP Nein PIRATEN Nein	
		2015 von 360.000 Euro um 640.000 Euro auf 1.000.000 Euro Begründung:		
		Die Laufzeit des Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit" ist in 2015 wiederum nur bis zum 31. Juli vorgesehen. Die Weiterführung dieses Angebotes auch in den weiteren Monaten des kommenden Jahres und dem Schuljahr 2015/16 ist dringend notwendig. Eine immer wiederkehrende kurzzeitige Verlängerung des Programms ist nicht geeignet den Beteiligten eine Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben. Deshalb ist zumindest die Anhebung der Verpflichtungsermächtigung notwendig, um eine Weiterführung nach Beendigung des Schuljahres 2014/15 zu sichern.		

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)		Abstimmungs- ergebnis		
	SPD GRÜNE	Kapitel 11 042 Titelgruppe 99 Titel 686 99 Erhöhung des A	Bekämpfung von Armu Zuschüsse an Sonstig	ahmen und Bekämpfung von Armut ut und sozialer Ausgrenzung ge für laufende Zwecke	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	Ja Nein Ja Enth. Enth.
		von um auf Haushaltsvermer 1. Mehrausgaben o 2. Die in der Titelgi der Titel dieser Titel 3. Die Ausgaben d Begründung: Die Erhöhung de soziale Ausgrenz Kinder und Famil	ruppe 95 und 96 veranschlagelgruppe in Anspruch genomer Titelgruppe sind gegenseis Ansatzes dient der Umstung" der Landesregierung lien in Stadtteilen und Qua	parungen bei den Titelgruppen 95 und 96 geleistet werden. gten Verpflichtungsermächtigungen dürfen auch zugunsten imen werden.		

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
		der Teilhabe, die direkte Begleitung von Kindern und Jugendlichen sollen dabei wesentliche Bestandteile der Förderung sein.	

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimm geb	nungser- onis
	SPD GRÜNE	Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen Titel 686 80 Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908f BGB sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion Der Titel erhält folgende neue Zweckbestimmung: "Förderung von Maßnahmen der Inklusion" Reduzierung des Baransatzes 2015 Ansatz It. HH 2014 von 1.850.000 Euro 1.850.000 Euro 2016 Und 1.850.000 Euro 350 000 Euro 350 000 Euro 350 000 Euro	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	Ja Nein Ja Enth. Enth.
		Verlagerung der Förderung für Betreuungsvereine zu Kapitel 11 050 Titel 686 50.		

Sachhaushalt

des An-	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimm gebr	_
	PD GRÜNE	Kapitel 11 050	CDU GRÜNE FDP	Ja Nein Ja Nein Enth.

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungser- gebnis
		terstützt. Eine rückläufige Zahl der Betreuungsvereine würde dazu führen, dass immer mehr Berufsbetreuer durch die Gerichte bestellt werden müssten. Um diese Entwicklung einzudämmen und den Justizetat nicht weiter zu belasten, muss der Anreiz für ehrenamtliche Betreuung erhöht werden. Dies unterstützt den von der Landesregierung beschlossenen "Aktionsplan zur Stärkung des selbstbestimmten Lebens, zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung sowie zur Vermeidung unnötiger Betreuungen.	

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag- steller Fraktion/en	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungser- gebnis
	SPD GRÜNE	Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 86 Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen Titel 893 86 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland Reduzierung des Baransatzes 2015 Ansatz It. HH 2014 von 7.471.000 Euro 7.486.600 Euro um 100.000 Euro auf 7.371.000 Euro Veränderung der Erläuterungen: Im Satz 1 der Erläuterungen wird die Zahl 4.986.600 € durch 4.886.600 € ersetzt. Begründung: Absenkung des Haushaltsansatzes zur anteiligen Deckung der Mehrausgaben in der Titelgruppe 80. Von den gemäß Erläuterungen zur Titelgruppe 86 für den Bau von Werkstätten vorgesehenen Mitteln verbleiben damit nun insgesamt 4.886.600 €	SPD Ja CDU Enth. GRÜNE Ja FDP Enth. PIRATEN Enth.